

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

30. September – 6. Oktober 2023

Gérard Larcher (Les Républicains) wurde zum fünften Mal zum Präsidenten des Senats wiedergewählt. Der 74-jährige Parlamentarier, ehemaliger Bürgermeister von Rambouillet und Minister von 2004 bis 2007 ist die dritt wichtigste Person der 5. Republik. Larcher könnte eine Schlüsselrolle bei einigen anstehenden Gesetzesentwürfen der Regierung spielen, wie z. B. dem Einwanderungsgesetz, das ab November im Palais du Luxembourg, dem Sitz des Senats, diskutiert wird.

Die neue App Agora, die das Ministerium für demokratische Erneuerung ins Leben gerufen hat, kam am 4. Oktober zum ersten Mal im Rahmen der Pressekonferenz nach dem Ministerrat zum Einsatz. Der Regierungssprecher Olivier Véran beantwortet neben Journalistenfragen Fragen, die Bürgerinnen und Bürger auf der App gestellt hatten. Insgesamt seien bereits 2000 Fragen an die Regierung gestellt worden, so Véran. Agora soll zur besseren Einbindung der Franzosen in politische Prozesse beitragen.

Die in Niger stationierten französischen Truppen werden ihren Abzug aus dem Land „innerhalb der nächsten Tage“ einleiten, so der Generalstab der Streitkräfte. Etwa 1000 französische Soldaten sind auf dem französischen Luftwaffenstützpunkt in Niamey und 400 in Ouallam und Ayorou (Nordwesten) im sogenannten „Dreiländereck“ zwischen Niger, Burkina Faso und Mali, stationiert. Die auf den vorgeschobenen Stützpunkten eingesetzten Soldaten sollten die ersten sein, die sich aus dem Einsatz zurückziehen. Ein ähnliches Schema wie in Mali, wo der französische Abzug mit den drei nördlichsten Stützpunkten des Landes begann. Der Rückzug gestaltet sich komplex: Niger diente seit 2013 als Transitplattform für Antiterroroperationen in Mali, bevor es nach dem erzwungenen Abzug der französischen Truppen aus Mali und Burkina Faso ab Sommer 2022 zum Herzstück des französischen Dispositivs in der Region wurde.

Frankreich hat ein Waffenlieferungsabkommen mit Armenien unterzeichnet, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Dies teilte die französische Außenministerin Catherine Colonna bei ihrem Besuch in Eriwan am 3. Oktober mit. Genaue Angaben zur Natur der Hilfen machte Colonna nicht.

Der Bürgermeister von Paris könnte ab 2026 direkt von den Parisern gewählt werden. Dies ist zumindest der Wunsch von Renaissance-Abgeordneten, die an einem Gesetzesvorschlag arbeiten, der die allgemeine Direktwahl in den Gemeinden von Paris, Lyon und Marseille durchsetzen soll. Die Wahlmodi der drei Großstädte unterliegen heute einem Gesetz von 1982, das ihnen einen besonderen Verwaltungsstatus verleiht. So haben die Einwohner der Hauptstadt 2020 nicht direkt für die Sozialistin Anne Hidalgo gestimmt, sondern für eine Liste von Stadträten in ihren jeweiligen Arrondissements. Die ersten 163 von insgesamt 503 gewählten Ratsmitgliedern sind neben ihrem Arrondissement-Rat auch Mitglied des Pariser Rates und wählen den Bürgermeister der Metropole.

Der Staat wird ab dem 1. Januar 2024 einen Reparaturbonus von 25 Euro einführen, um Privatpersonen dazu zu animieren, ihre kaputten Smartphone-Displays reparieren zu lassen. Dies kündigte der Minister für den ökologischen Übergang Christophe Béchu am 4. Oktober an. Der „Reparaturbonus“ wurde Ende 2022 für eine Reihe von Elektrogeräten eingeführt. Er beträgt je nach Produkt zwischen 10 und 45 Euro und wird aus den „Ökobeiträgen“ finanziert, die im Preis aller Geräte enthalten sind.

Laut dem Berufsverband der Kammerjäger gab es in Frankreich zwischen Juni und August 65 Prozent mehr Einsätze gegen Bettwanzen als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Insgesamt sei die Zahl der Einsätze seit 2020 kontinuierlich gestiegen, so der Verband. Am Freitag, den 6. Oktober, wird es eine Krisensitzung der Regierung zum Thema Bettwanzen geben. Erste Verdachtsfälle im Pariser Metronetz bewiesen sich nach Angaben von Verkehrsminister Clément Beauce als falsch.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der Präsident der Vereinigung der französischen Bürgermeister, David Lisnard hat am 3. Oktober den Pariser Sitz seiner Bewegung Nouvelle Energie eingeweiht. Der in der Öffentlichkeit kaum bekannte Bürgermeister (Les Républicains) von Cannes möchte bei den nächsten Präsidentschaftswahlen eine „bürgerlich-konservative Alternative“ darstellen. Am 1. Oktober hatte Laurent Wauquiez, Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes, auf dem Kongress der Jeunes Républicains seine Entschlossenheit gezeigt, die Partei Les Républicains im Rahmen der Präsidentschaftswahlen 2027 anzuführen, er werde darauf „seine gesamte Energie“ verwenden.

3	4	7
0	8	6
5	2	3
7	4	9
9	8	2
2	0	1
6	2	5

DIE ZAHL DER WOCHE

Mehr als zwei Drittel der Franzosen halten den Rückgriff auf Artikel 49.3 der Verfassung, der es der Regierung ermöglicht, einen Text in der Nationalversammlung zu verabschieden, ohne dass darüber abgestimmt wird, für „undemokratisch“, so eine am 3. Oktober veröffentlichte Umfrage.

Premierministerin Elisabeth Borne hat mehrfach den Artikel 49.3 aktiviert, zuletzt Ende September, um den Gesetzentwurf zur Finanzplanung 2023-2027 in neuer Lesung zu verabschieden. Da sie nicht über eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt, wird sie aller Voraussicht nach auch bei den Haushaltstexten im Herbst mehrmals auf die Verfassungsklausel zurückgreifen. 18 Misstrauensvoten gegen die Regierung sind bisher gescheitert.